

Basel in Frauenhänden

Autor(en): Patrick Marcolli

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2007

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/1b773df3-ed04-4103-87ad-0d5f1aad2e93>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Basel in Frauenhänden

Die Politik von Kanton und Bürgergemeinde stand 2007 im Zeichen weiblicher Präsidien

Patrick Marcolli

Sie präsentierten sich am 8. März 2007 stolz den Fotografen, die vier «Präsidentinnen» der Stadt Basel. Die politischen und personellen Konstellationen wollten es im vergangenen Jahr, dass erstmals in der Geschichte der Stadt sowohl der Kanton wie auch die Bürgergemeinde von Frauen geführt wurden.

Für die Bürgergemeinde posierten an diesem bewusst gewählten Tag, es war der Internationale Tag der Frau, Bürgergemeinderatspräsidentin Heidi Keller (FDP) – die ihr Amt diskret, mit freundlichem Ton und klar in der Sache ausübt – und Bürgerratspräsidentin Raffaella Kristmann (SP). Die Legislative und Exekutive der Einwohnergemeinde repräsentierten und führten im vergangenen Jahr gleich zwei linke Politikerinnen: Brigitta Gerber (Grünes Bündnis) als Grossratspräsidentin und somit «höchste Baslerin» sowie Finanzministerin Eva Herzog (SP) als Regierungspräsidentin. Die Kombination von Familie und Beruf stelle eine Bereicherung dar, sagte Herzog an einer Podiumsveranstaltung am selben Tag – «mir tut das gut, und das wiederum tut meiner Arbeit gut».

Eine frauenspezifische Bilanz soll und kann an dieser Stelle nicht gezogen werden. Doch es gibt einige bemerkenswerte Ereignisse zu verzeichnen – positive wie negative. Wie nahe Freud und Leid, Erfolg und Misserfolg – im Privaten wie im Politischen – bisweilen beisammen liegen, mussten zwei der vier Frauen im Verlauf des Jahres erfahren. Brigitta Gerbers Jahr an der Spitze des Grossen Rats wurde überschattet von einem schweren persönlichen Schicksalsschlag. Nach einer Auszeit übte sie ihr Amt als Grossratspräsidentin aber weiter aus.

Raffaella Kristmann wiederum wurde – bereits nach Ablauf ihres Präsidiums – politisch entmachtet und trat gegen Ende des Jahres aus dem Bürgerrat zurück. Unstimmigkeiten über die Führung des Waisenhauses, die Kristmann oblag, hatten offenbar zu einem Machtkampf geführt. Die Vorwürfe kamen aus der Aufsichtscommission der Bürgergemeinde und dem Bürgergemeinderat. Man warf Kristmann vor, ihre Führungs-

funktionen nicht genügend wahrzunehmen. Noch bevor der Bürgerrat ihr das Dossier Waisenhaus entziehen konnte, warf Kristmann das Handtuch.

Regierungspräsidentin Eva Herzog wird das politische Jahr 2007 wohl nur in bester Erinnerung behalten. Gleich zwei eminent wichtige Geschäfte brachte sie durchs Parlament: die Revision der staatlichen Pensionskasse und das Steuersenkungspaket.

Bei der Pensionskasse bestand der politische Drahtseilakt darin, einerseits die Bürgerlichen davon zu überzeugen, dass die rot-grüne Mehrheit in der Regierung gewillt war, die ausserordentlich guten Leistungen der staatlichen Pensionskasse etwas herunterzuschrauben. Andererseits aber mussten Herzog und ihre Regierungskollegen unbedingt vermeiden, die Personalverbände allzu sehr zu verärgern und zu einem Referendum zu treiben. Ein Referendum, an welchem auch schon Herzogs Vorgänger Ueli Vischer (LDP) gescheitert war, hätte möglicherweise ein erneutes Ende der Bemühungen in dieser Sache bedeutet. Die Pensionskassen-Reform wurde vom Grossen Rat Ende Juni mit 86 zu 6 Stimmen angenommen.

Gegen Ende des Jahres stellte Eva Herzog schliesslich ihr Steuersenkungspaket vor. Auf dieses hatten politische Parteien und Öffentlichkeit sehr lange gewartet. Denn der interkantonale Steuerwettbewerb hatte gerade im Jahr 2007 ungesehene Dimensionen angenommen, und der fiskalisch äusserst ungünstig positionierte Kanton Basel-Stadt war immer mehr unter Druck und im kantonalen Vergleich ins Hintertreffen geraten. Das Steuerpaket, welches noch rückwirkend für das Steuerjahr 2008 gelten soll, sieht vor allem weitgehende Entlastungen in den unteren Einkommensklassen sowie für Familien vor. Eingeführt wird ausserdem ein neues System mit nur noch zwei Steuertarifen. Eva Herzog nennt es in Anspielung auf die «Flat Tax» die «Basel Fair Tax». Insgesamt wird das Steuerpaket Entlastungen von jährlich rund 155 Millionen Franken bringen. Auch hier hielt sich die Opposition in Grenzen: Die vorberatende Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rats liess Herzogs Paket im Kern unverändert. Die bürgerlichen Anliegen wurden durch eine etwas weiter gehende Entlastung bei höheren Einkommen stärker berücksichtigt. Damit das Paket noch fürs Steuerjahr 2008 in Kraft treten kann, mussten zwei bürgerliche Parteien ihre bereits eingereichten Steuerinitiativen zurückziehen: die CVP ihre Initiative zum Abzug der Krankenkassenprämien, die SVP ihre Initiative für eine lineare 10-Prozent-Steuerreduktion. Beide Parteien beanspruchten allerdings wegen dieser Steuerreduktions-Bemühungen eine politische Vorreiterrolle.

Kritik am Steuerpaket gab es dennoch. Zum einen rügten Wirtschaftskreise die rot-grüne Mehrheit, weil der Grosse Rat bei der Beratung des Steuerpakets die Reduktion der steuerlichen Doppelbelastung für Unternehmen gestrichen hatte. Zum anderen wird die vorgesehene Reduktion der Unternehmenssteuer als ungenügend betrachtet.

Eva Herzog selbst geriet ins Visier einiger bürgerlicher Politiker, weil ihr Zeitplan für die Steuerreduktion extrem eng war und den parlamentarischen Prozess aufs Äusserste strapazierte. Doch eine deutliche Mehrheit fügte sich den Vorgaben.